



Neonaziaufmarsch am 28. Januar 2006 in Dortmund

Von Jan Spreuk

Ziel: Volksgemeinschaft

Neonazistischer Antikapitalismus in NRW

Ganz unterschiedliche Gruppen der extremen Rechten trafen sich am 12. November letzten Jahres, um eine 1. Mai-Demonstration in Dortmund vorzubereiten. Mit dabei waren Vertreter des "autonomen" Spektrums, aber auch eher traditionelle NRW-Kameradschaften sowie der Wittener NPD-Kreisverband. Sie eint das, was sie unter "Antikapitalismus" verstehen. "Gemeinsam gegen Kapitalismus - Heraus zum 1. Mai" lautet dementsprechend das Demo-Motto. Auch NRW-Neonazis machen neuerdings verstärkt in "Antikapitalismus".

Neu ist das Phänomen nicht, dass extrem Rechte in NRW unter "antikapitalistischen" und "antiglobalistischen" Vorzeichen auf die Straße gehen. "Gegen kapitalistische Globalisierung – für sozialistische Erneuerung" war beispielsweise das Motto, als Neonazis am 1. Mai 2001 bei einer von der NPD angemeldeten Demo in Essen aufmarschierten. Im September 2002 organisierte die NPD Wahlkampfkundgebungen bzw. -demos in Wuppertal, Schwelm und Iserlohn: "Gegen Korruption und Globalisierung – soziale und nationale Gerechtigkeit für Deutsche". Verstärkt durch den Sozialabbau der rot-grünen Regierung in Berlin meldeten Neonazis in NRW vermehrt Aufmärsche zu den Themen Globalisierung und Kapitalismus an. "Das Volk blutet – Das Kapital

kassiert! Globalisierung zerstört deutsche Arbeitsplätze" war beispielsweise das Motto bei einer Demo im Oktober 2004 in Bochum, die der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** angemeldet hatte. "Nein zur asozialen BRD-Politik – Ein neues System bietet neue Möglichkeiten!", hieß es bei einem Aufmarsch im Januar 2005 in Moers. "Kapitalismus bekämpfen - Für einen sozialistischen Nationalismus", forderten Neonazis im Februar 2006 in Dortmund. In dieses Bild passt auch die Kampagne "Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre", die von der nordrhein-westfälischen NPD im vorigen Jahr gestartet und im Juni mit einer Demonstration in Gelsenkirchen abgeschlossen wurde.

Erfolgreiche Versuche

Der Versuch, mit antikapitalistischen Slogans in Westdeutschland zu punkten, stößt freilich auf Grenzen. Zu unterschiedlich sind die Rahmenbedingungen, verglichen mit dem Osten der Republik, wo einerseits der ökonomische und soziale Problemdruck größer ist, andererseits Neonazis leichter an verbreitete antikapitalistische Orientierungen bei den Bürgern anknüpfen können. Deutlich wurden diese ganz unterschiedlichen Voraussetzungen, als Neonazis aus Ostwestfalen und dem südlichen Niedersachsen für den 16. September 2006 vollmundig zum "Großkampftag in Ostwestfalen" mobilisierten.

"Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sind keine Probleme, die wir erst seit gestern in diesem Staat beobachten können, vielmehr sind sie Ergebnis einer jahrzehntelangen Fehlentwicklung... Dieses System ist unfähig geworden, dem Volk eine sichere Zukunft zu gewährleisten. Die sozialen Sicherungssysteme bröckeln und geben uns ein Zeichen uns zu erheben, um dem System die Stirn zu bieten und aktiv zu werden, uns aus den

Fesseln des Systems und der Ausweglosigkeit zu befreien“, hieß es in dem Aufruf. Doch der rechte Kampf gegen “das System“ fiel eher schwachbrüstig aus. Nicht nur, dass die Neonazis bei ihren drei Demos in Bielefeld, Gütersloh und Minden nur jeweils ein paar hundert Meter weit kamen, weil Blockaden den Weg versperrten. Gerade einmal 140 GesinnungskameradInnen ließen sich für den “Großkampftag“ unter dem Motto “Gegen Rentenklau und Sozialabbau – für einen Nationalen Sozialismus“ mobilisieren.

Der “Antikapitalismus“ der NRW-NPD

Auch die ein Vierteljahr zuvor stattgefundene NPD-Kampagne “Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre“ war alles andere als ein Erfolg, auch wenn die Abschlussdemonstration auf ein breites Medieninteresse stieß. Mit Gelsenkirchen, Austragungsort der Fußball-WM, hatte man einen medienwirksamen Veranstaltungsort gewählt. Interessant ist die Kampagne, weil der Aufruf der NRW-NPD beinahe idealtypisch für das steht, was die extreme Rechte am real existierenden Kapitalismus kritisiert:

Die Zahl der Arbeitslosen befinde sich auf “unerträglich hohem Niveau“, den arbeitslosen Menschen fehle das “zentrale Element der Sinnstiftung“ und Massenarmut mache sich breit. Soziale Gerechtigkeit existiere nicht mehr. Der deutsche Arbeiter sei der Leidtragende der Entwicklung: “Großkonzerne zahlen keine Steuern, der deutsche Arbeiter um so mehr“,

Kampagnenabschluss der NPD-NRW am 10. Juni 2006 in Gelsenkirchen



heißt es im NPD-Aufruf. Schuld an diesen Entwicklungen sei die “Herrschaft des Kapitals“: “Bei all diesen Entwicklungen handelt es sich keineswegs um zufällige Fehlentwicklungen, die die Folge katastrophaler Fehlentscheidungen unfähiger Politiker sind. Die Realität der brD spiegelt vielmehr die Folgen der Herrschaft des Kapitals und der Spekulanten wider.“

Das Fazit der NPD: “Globalisierung bedeutet Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Sozialabbau, Naturzerstörung und Überfremdung!“

Anders als die Ostwestfalen-Neonazis, die in ihrem Aufruf auf einen “Nationalen Sozialismus“ orientierten, verzichtete die NPD darauf, nach der Problembeschreibung ihre Vision einer angeblich gerechteren Gesellschaft zu definieren. Das könnte ihr intern auch Probleme bereiten. Zwar ist die NRW-NPD deutlicher neo-nationalsozialistisch geprägt als manch andere Landesverbände der Partei und offener für Bündnisse mit rechts-“sozialistischen“ Gruppen wie beispielsweise dem *Kampfbund Deutscher Sozialisten* (KDS). Sich selbst umstandslos zu einem “Nationalen Sozialismus“ zu bekennen, dürfte ihr dennoch schwer fallen, da dies nicht alle Parteigliederungen und -mitglieder mitmachen würden. Deutlich wird dies auch bei der Lektüre des Landtagswahlprogramms aus dem Frühjahr 2005 – ein “Deutsche zuerst“- und “Deutschland zuerst“-Programm, das die NPD als “fundamentale, national ausgerichtete Opposition“ beschreibt, aber auf “sozialistische“ Töne verzichtet. Lediglich ein kurzer Abschnitt beschäftigt sich mit dem “Nein zur Globalisierung!“ Der Ton ist eher gemäßigt und wenig antikapitalistisch: Der Abbau von Arbeitsplätzen müsse gestoppt werden; die Unternehmer müssten sich ihrer Verantwortung für ihre Beschäftigten, deren Familien und die Region bewusst werden; der Mittelstand sei zu unterstützen; Übernahmeversuchen heimischer Betriebe durch ausländische

Investoren sei eine klare Absage zu erteilen.

Und für die “sozialistischen“ Töne im Landtagswahlkampf waren dann auch nicht die NPDler zuständig, sondern die die NPD unterstützenden parteifreien Neonazis, die sich in einer Erklärung gleich von den “gemäßigten“ Kräften in der NPD absetzten: “Wir wollen dieses asoziale System nicht reformieren, sondern abschaffen und ersetzen!“ Die *Freien*-KandidatInnen **Christian Malcoci** und **Daniela Wegener**, die in dieser “Erklärung freier Kräfte“ als Kämpfer für ein “nationales und sozialistisches Deutschland“ bezeichnet werden, hätten mit ihrer Kandidatur den Landtagswahlkampf in NRW “zu einer Plattform für wirklich systemalternative Politik gemacht“. Was im Umkehrschluss wohl heißt: Ohne Intervention der *Freien* sei eine “wirklich systemalternative“ Politik der NPD nicht zu erwarten, zumindest nicht in NRW.

Verbalradikalismus bei den “Freien“

Die *Freien*-Szene hat das Problem, sich aus internen oder wahltaktischen Gründen zurückhalten zu müssen, nicht: “Es ist eine neue Front im Anmarsch, eine Front, der sich alle jene anschließen werden die ehemals rechts und links politischen Phantomen nachjagten, eine Front die jegliche bürgerliche und reaktionäre Ansicht abschüttelt und aus dem Untergang der Gesellschaft die Kraft finden wird, aus Deutschland einen sozialistischen Nationalstaat zu formen“, heißt es in einem Text der *Kameradschaft Köln* aus dem Februar 2005, als dessen Urheber man **Axel Reitz** vermuten darf. Der *Kampfbund Deutscher Sozialisten*, bei dem Reitz als Mitglied der Organisationsleitung fungiert, dürfte unter den aktuell bestehenden Gruppierungen der extremen Rechten diejenige gewesen sein, die am ehesten auf explizit “sozialistische“ Parolen und Inhalte setzte: “Es muß ein Ruck durch unsere Reihen gehen, wir müssen weg vom nationalreaktionären Einheitsbrei, hin zu

einer offenen, sozialistischen, modernen Systemalternative“, heißt es in seinem „Revolutionären Manifest“ aus dem Januar 2005. Doch schon in der „Langener Erklärung“ aus dem Jahre 1999, sozusagen dem Gründungsdokument des KDS, träumten die KDSler von einer „Annäherung ‚rechter‘ und ‚linker‘ Sozialisten“. Den „Globalisierungsbemühungen der weltweiten Verschwörung von Politik und Kapital“ setze der KDS „das Modell eines auf die nationalen Erfordernisse zugeschnittenen deutschen Sozialismus entgegen“.

“Nationaler Sozialismus“

Das meiste, was das nordrhein-westfälische *Freien*-Spektrum zur Definition des rechten „Sozialismus“ absondert, ist inhaltlich reichlich dünn. Zum Beispiel bei den *Freien Nationalisten Witten*, die auf ihrer Homepage ihr sprachlich und inhaltlich unbedarftes „Verständnis zum Sozialismus“ kundtun. Der Kapitalismus, so klingt es da, wird den armen deutschen Opfern von außen über gestülpt: „Der nationale Weg als Alternative zu den Besatzungsmächten ist der Volksbezogene Sozialismus. Die Besatzungsmächte diktieren uns und der Welt ihren Lebensfeindlichen Staats- und Privatkapitalismus... Es darf nicht sein das man uns Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme aufzwingt. Die Schaffung einer Volksgemeinschaft kann man nur erzielen wenn man sich solidarisiert innerhalb eines souveränen Staates. Der Volksbezogene Sozialismus wird von uns revolutionär durchgesetzt. Dadurch kann man die unkontrollierte Herrschaft die gegen das Volk gerichtet ist zu Fall bringen. Die Interessengruppen des Kapitals können ausgespielt werden indem man ihnen zum Beispiel durch Enteignung von Großgrundbesitz entgegentritt.“

Volksgemeinschaft ist und bleibt also das Ziel. Das verrät auch ein politisches Lexikon, das auf der Homepage der *Jungen Nationaldemokraten Bocholt* zu finden ist. Dort heißt es unter dem Eintrag „Sozialismus“:

“Nicht mit dem Ziel des Klassenkampfes, sondern der Klassenbeseitigung muß der Sozialismusbegriff aus nationalistischer Sicht wieder als annehmbarer Begriff besetzt werden.“ Ähnlich hilflos präsentiert sich der *Widerstand Minden*: „Ein revolutionärer Geist und eine sozialistische Idee, diese Punkte bilden die Eckpfeiler des modernen NS“, heißt es dort. In der Folge allerdings beschränkt sich der „moderne NS“ auf eine leichte Modifizierung des 25-Punkte-Programms der NSDAP aus dem Jahre 1920.

Fällt es NRW-Neonazis schwer, ihr „sozialistisches“ Ziel inhaltlich zu unterfüttern, so ist es ihnen andererseits ein Leichtes, sich plakativ linker Parolen zu bedienen. Propaganda-Material zur Antikap-Kampagne gibt es genügend. Zum Beispiel bietet das *Aktionsbüro Westdeutschland* eine Sprühschablone mit dem Text „Kapitalistische Verhältnisse angreifen – Von Protest zu Widerstand“. Der *Resistore*-Vertrieb verkauft verschiedene Aufkleber: „Kapitalismus bekämpfen! - Massenarbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Krieg den Kampf ansagen!“, 25 Stück für 1 Euro. Zum selben Preis gibt es die Aufkleber „Gemeinsam gegen Kapitalismus! – Organisiert Euch!“

Die Antikap-Kampagne in NRW

In NRW wurde bisher wenig Bezug auf die ostdeutsche Antikap-Kampagne genommen. Nur das *Kameradschaftliche Bündnis Hamm* und der *Widerstand Gelsenkirchen* finden sich unter den Unterstützern. Die Kampagnen-Seite bietet aber Texte der Gruppe *Aktion und Theorie Gelderland* zum Download an. Eine der wenigen Aktionen, die sich „mit der Antikap Kampagne solidarisieren“ führten Neonazis des *Aktionsbündnis Hamm / Paderborn / Gütersloh / Ahlen* durch. In Hamm und Gütersloh klebten sie eigene Plakate mit Parolen der Kampagne. Der Aktionsbericht ist ein weiteres Beispiel für die inhaltliche Schwäche des „Antikapitalismus von rechts“: „Globalisierung und Kapitalismus hängen nah beieinander und



Vorbild Röhms: Aufmarsch am 24. März 2006 in Gütersloh

dienen niemals einem Volk sondern immer nur einzelnen. [Spekulant, Konzernbosse, Bankiers und korrupte Politiker] ... Lösungen liegen auf der Hand, durch Verstaatlichung von Groskonzernen und Banken würden die Profite gerecht aufgeteilt... Verstaatlichte Großkonzerne würden logischer Weise ihre Produktionsstätten nicht ins Ausland verlagern, sondern könnten die Wirtschaft im eigenem Land ankurbeln. Dieses erhält und schafft Arbeitsplätze, welche wir bitter nötig haben.“ - Einfache Lösungen für eine Problematik, die nicht ansatzweise durchschaut wurde.

Vieles wirkt aufgesetzt an den Versuchen, die Antikap-Kampagne auch im Westen der Republik zu etablieren. Die Problemlagen sind andere als im Osten, Anknüpfungspunkte an „antikapitalistische“ Orientierungen nicht in dem Maße vorhanden. Dass die NRW-Szene eine westspezifische Variante der Kampagne entwickeln könnte, steht angesichts ihrer beschränkten intellektuellen und konzeptionellen Fähigkeiten nicht zu erwarten. Und auch das rechte Fußvolk interessiert sich nach wie vor mehr für NS-Historie als für die Frage, welche Betriebe denn nun zu verstaatlichen sind. ★